

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises		Wald	428
70 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	425	249 2. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Dissen am Teutoburger Wald vom 25.04.2005	429
71 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit Az.: 7.67.30.11.08.01.47	426	250 Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderung der Stadt Bersenbrück	429
B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände		251 Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der BWG Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft mbH	430
243 Beschluss über die Jahresrechnungen der Samtgemeinde Bersenbrück und die Entlastung des Samtgemeindebürgermeisters für die Haushaltsjahre 2016 u. 2017	426	252 Bebauungsplan Nr. 118 „Innenentwicklung Bramscher Str./Bahnhofstr.“ der Stadt Bersenbrück	432
244 Beschluss über die Jahresrechnungen der Stadt Bersenbrück und die Entlastung des Stadtdirektors bzw. Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2016 und 2017	426	253 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 69 „Am Südhang“ der Gemeinde Ostercappeln	433
245 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Alfhausen über die Jahresabschlüsse und die Entlastung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017	427	254 Beschluss über die Jahresrechnungen der Gemeinde Kettenkamp und die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2016 und 2017	434
246 Bebauungsplan Nr. 259 „Am Bürgerpark“ der Gemeinde Wallenhorst hier: Inkrafttreten gem. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB)	427	255 Amtliche Bekanntmachung über die Genehmigung und den Satzungsbeschluss der nachfolgenden Bauleitpläne der Stadt Bramsche , 38. Änderung des Flächen-nutzungsplanes – Ortsteil Pente, Bebauungsplan Nr. 167 „Gemeinschafts-stiftung Hof Pente“, mit örtlichen Bauvorschriften	434
247 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Gehrde über die Jahresabschlüsse und die Entlastung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017	427	256 Haushaltssatzung der Gemeinde Glandorf für das Haushaltsjahr 2020	435
248 Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 71 „Westring / Heidländerweg“, 1. Änderung der Stadt Dissen am Teutoburger		257 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 85 „Nördlich Brüchenweg“, Rabber, der Gemeinde Bad Essen	436

A. Bekanntmachungen des Landkreises

70

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 117 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, geprüft:

Im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Planung für den Gelungsbereich des Bebauungsplans Nr. 151 „Wissingen-Nord“ in der Gemeinde Bissendorf ist der Jeggener Grenzgraben nach Ausbau als Vorflutgewässer vorgesehen. Ein Teilabschnitt von dem Fließgewässer (Station 2+090 bis 2+325) soll aufgehoben bzw. verfüllt werden. Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich.

Ein Zusammenwirken mit bereits anderen bestehenden bzw. zugelassenen Vorhaben liegt nicht vor. Das Schutzgut Fläche ist nicht betroffen, weil keine Flächenversiegelung vorgesehen ist. Eine Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden ist durch die kleinräumige Auffüllung von unbelasteten Böden nicht gegeben. Auch nach Ausführung des Vorhabens bleiben am Ort die natürlichen Bodenfunktionen weiterhin erhalten. Umweltverschmutzungen und Belästigungen sowie Störfälle sind unwahrscheinlich, weil bei der Ausführung keine relevanten Stoffe verwandt werden und die Ausführung stetig überwacht wird. Eine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht durch das Vorhaben nicht. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Den-

mäler sind am Standort nicht vorhanden. Bei dem Graben handelt es sich um eine nur zeitweise in den natürlichen Wasserkreislauf eingebundene Entwässerungsmulde, welche vorrangig das Ziel hat die landwirtschaftlichen Flächen zu entwässern. In diesem Zusammenhang ist die Entwässerung auch mit einer Auswaschung des Bodens, einer Austragung und Weiterleitung von Nährstoffen in die unterhalb liegenden Gewässer verbunden. Bei höheren Grundwasserständen erfolgt zudem im Bestand eine Ableitung des Grundwassers, was zu einer lokalen Minderung der Grundwasserneubildung führt und im Hinblick auf die gegenwärtige Situation unter wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zielführend ist. Durch die Verfüllung wird der stoffliche Austrag aus diesem Bereich gemindert zu Gunsten der unterhalb liegenden Gewässersysteme und die Ableitung von Grundwasser lokal gestoppt, was zu einer längeren Verweildauer und möglicherweise Neubildung führen kann. Daher ist die Auswirkung auf das Schutzgut Wasser unerheblich. Durch das Vorhaben werden artenreiche, naturnahe Vegetation und Lebensraum für Amphibien zerstört. Eine am Standort vorhandene Baumreihe könnte durch das Vorhaben Schaden nehmen und dadurch das Landschaftsbild beeinträchtigen. Mangels eines grenzüberschreitenden Charakters und der Schwere und der Komplexität sind diese Auswirkungen jedoch unerheblich. Die Schutzziele der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „OS 50 Wiehengebirge“ werden durch das Vorhaben nicht gefährdet. Weil die Auswirkung in der Landschaft nur in geringem Maße wahrnehmbar wäre. Da die zu erwartenden Schäden auf den Geschützten Landschaftsbestandteil in Gestalt der „Baumreihe“ allenfalls temporärer Art sind (z. B. während der Bauphase), sind erhebliche Beeinträchtigungen auszuschließen.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. T. Richter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

71

**Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit
Az.: 7.67.30.11.08.01.47**

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 117 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, geprüft:

Durch das Bauvorhaben Erweiterung des Schullandheimes Barkhausen in Bad Essen ist beabsichtigt ein 135 m langes Teilstück eines Grabens zu überbauen. Ein Teilstück von 96 m soll verrohrt werden. Ein Grabenabschnitt von 90 m Länge soll neu angelegt werden.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich.

Ein Zusammenwirken mit bereits anderen bestehenden bzw. zugelassenen Vorhaben liegt nicht vor. Durch bauausführende Vorsorgemaßnahmen wie Baggerplatten werden Bodenschädigungen verhindert. Abfälle fallen durch das Vorhaben nicht an. Das Grundwasser wird nicht tangiert. Das Wasser im Graben wird stofflich nicht verändert. Der schadfreie Abfluss wird hydraulisch nicht verändert. Umweltverschmutzungen und Belästigungen sowie Störfälle sind unwahrscheinlich, weil bei der Ausführung keine relevanten Stoffe verwandt werden. Eine Gefahr für die menschliche Gesundheit besteht durch das Vorhaben nicht. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Denkmäler sind am Standort nicht vorhanden. Besonders geschützte Gebiete oder Objekte sind nicht betroffen, weil am Standort nicht vorhanden. Durch das Bauvorhaben wird zusätzlich Fläche versiegelt. Durch die Regelung der schadlosen Ableitung des Oberflächenwassers ist die Neuversiegelung unerheblich. Durch die Verrohrung wird Lebensraum für Flora und Fauna zerstört. Es sind Vermeidungsmaßnahmen vorgesehen, die den Schaden auf ein Minimum begrenzen. Gleichzeitig wird neuer Lebensraum durch Gewässerherstellung geschaffen. Insgesamt sind die Auswirkungen auf die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt unerheblich. Durch die Verrohrung findet eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes statt. Es sind zusätzliche Maßnahmen wie Gehölzpflanzungen beabsichtigt. Außerdem wird ein neues, naturnahes Gewässer angelegt. Dadurch wird das Landschaftsbild aufgewertet. Daher ist die Auswirkung auf das Schutzgut Landschaft unerheblich.

Es sind insgesamt keine erheblichen Auswirkungen denkbar.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 30.10.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. T. Richter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

**B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden
Samtgemeinden und der Zweckverbände**

243

**Bekanntmachung
der Jahresrechnungen 2016 und 2017
Beschluss über die Jahresrechnungen der
Samtgemeinde Bersenbrück und die Entlastung
des Samtgemeindebürgermeisters
für die Haushaltsjahre 2016 und 2017**

Der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück hat in seiner Sitzung am 07.10.2020 gem. § 129 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die Jahresrechnungen für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 beschlossen und dem Samtgemeindebürgermeister für die Haushaltsjahre Entlastung erteilt. Die Jahresrechnungen nebst Rechenschaftsberichten liegen vom 16. bis zum 24.11.2020 zur Einsichtnahme im Rathaus der Samtgemeinde Bersenbrück, Lindenstraße 2, Ebene 5, Zimmer 227, 49593 Bersenbrück, öffentlich aus.

Zur Einsichtnahme ist eine vorherige Terminabsprache mit dem Fachdienst II.1, Finanzen, Herrn Heyer, Tel. (05439) 962324, Mail heyer@bersenbrueck.de, erforderlich.

Bersenbrück, 19.10.2020

Samtgemeinde Bersenbrück
Der Samtgemeindebürgermeister
Michael Wernke

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

244

**Bekanntmachung
der Jahresrechnungen 2016 und 2017
Beschluss über die Jahresrechnungen der
Stadt Bersenbrück und die Entlastung des
Stadtdirektors bzw. Bürgermeisters
für die Haushaltsjahre 2016 und 2017**

Der Rat der Stadt Bersenbrück hat in seiner Sitzung am 06. Oktober 2020 gem. § 129 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die Jahresrechnungen für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 beschlossen und dem Stadtdirektor bzw. Bürgermeister für die Haushaltsjahre Entlastung erteilt. Die Jahresrechnungen nebst Rechenschaftsberichten liegen vom 16. bis zum 24. November 2020 zur Einsichtnahme in der Stadtverwaltung, Markt 4 - 6, 49593 Bersenbrück, während der Dienststunden öffentlich aus.

Zur Einsichtnahme ist eine vorherige Terminabsprache unter der Telefonnummer (05439) 60294-660 oder per Mail (stadtverwaltung@bersenbrueck.de) erforderlich.

Stadt Bersenbrück
Der Bürgermeister
Christian Klütsch

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

245

**Bekanntmachung
des Beschluss des Rates der
Gemeinde Alfhausen
über die Jahresabschlüsse und die Entlastung
für die Haushaltsjahre 2016 und 2017**

Der Rat der Gemeinde Alfhausen hat in seiner Sitzung am 08.10.2020 die vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 gem. § 58 Absatz 1 Nr. 10 i. V. m. § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen und der Bürgermeisterin Entlastung erteilt.

Die Jahresabschlüsse mit den Rechenschaftsberichten sowie die Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 16.11.2020 bis 24.11.2020 nach vorheriger Terminabsprache während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Gemeindebüro Alfhausen, Bremer Tor 8, 49594 Alfhausen, öffentlich aus.

Alfhausen, den 20.10.2020

Gemeinde Alfhausen
Die Bürgermeisterin
Agnes Droste

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

246

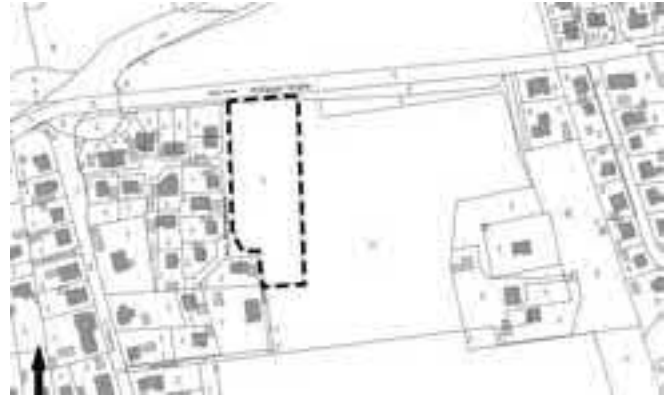
**Bekanntmachung
des Bebauungsplanes Nr. 259 „Am Bürgerpark“
der Gemeinde Wallenhorst**

**hier: Inkrafttreten gem. § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch
(BauGB)**

Der Rat der Gemeinde Wallenhorst hat in seiner Sitzung am 08.10.2020 den Bebauungsplan Nr. 259 „Am Bürgerpark“ gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 259 „Am Bürgerpark“ gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Das Plangebiet liegt im Ortsteil Hollage südlich der 'Hollager Straße' und östlich der Straße 'Am Bürgerpark'.

Die Fläche wird derzeit überwiegend landwirtschaftlich genutzt und umfasst ca. 0,64 ha. Die Lage des Plangebietes kann dem nachfolgenden Kartenausschnitt entnommen werden.



Der Bebauungsplan Nr. 259 „Am Bürgerpark“ wird ab sofort mit seiner Begründung und den weiteren Bestandteilen gem. § 10 Abs. 3 BauGB im Rathaus der Gemeinde Wallenhorst im Fachbereich II „Planen, Bauen, Umwelt“, Rathausallee 1, 49134 Wallenhorst, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft erteilt.

Der Bebauungsplan besteht aus folgenden Unterlagen:

- Bebauungsplanes mit textlichen und zeichnerischen Festsetzungen
- Begründung des Bebauungsplanes
- Umweltplanerischer Fachbeitrag
- Wasserwirtschaftliche Vorplanung
- Schalltechnische Berechnung
- Anpassung des Flächennutzungsplanes

Hinweise:

1./ Eine Verletzung der in

- § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes,
- § 214 Abs. 3 Satz 2 bezeichneten Mängel des Abwärgungsvorganges

werden nach § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit der Bekanntmachung dieser Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

2./ Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

49134 Wallenhorst, den 21.10.2020

Gemeinde Wallenhorst
Der Bürgermeister
Otto Steinkamp
(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

247

**Bekanntmachung
des Beschlusses des Rates
der Gemeinde Gehrde**

über die Jahresabschlüsse und die Entlastung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017

Der Rat der Gemeinde Gehrde hat in seiner Sitzung am 08.10.2020 die vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 gem. § 58 Absatz 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen und dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

Der Rat der Gemeinde Gehrde hat nach § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 110 Abs. VI Satz 2 NKomVG beschlossen, dass der Überschuss 2016 des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 62.825,38 € den Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis in Höhe von 28.415,12 € ausgleicht. Mit dem Rest-Überschuss von 34.410,26 € wird der noch vorhandene doppische Fehlbetrag aus Vorjahren (Stand 31.12.2015: 23.080,17 €) ausgeglichen. Der dann verbleibende Restbetrag von 11.330,09 € wird der Rücklage aus außerordentlichem Ergebnis zugeführt.

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2017 in Höhe von 63.717,69 € wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt. Ebenfalls wird der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2017 in Höhe von 107.008,79 € der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Die Jahresabschlüsse mit den Rechenschaftsberichten sowie die Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 16.11.2020 bis 24.11.2020 nach vorheriger Terminabsprache während der Dienststunden zur Einsichtnahme im Gemeindebüro Gehrde, Lange Str. 49, 49596 Gehrde, öffentlich aus.

Gehrde, den 23.10.2020

Gemeinde Gehrde
Der Bürgermeister
Günther Voskamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

248

Bekanntmachung **über den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan** **Nr. 71 „Westring / Heidländerweg“, 1. Änderung** **der Stadt Dissen am Teutoburger Wald**

Der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald hat in seiner Sitzung am 05.10.2020 den Bebauungsplan Nr. 71 „Westring / Heidländerweg“, 1. Änderung, einschließlich Entwurfsbegründung gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Neufassung des Baugesetzbuches vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) m. W. v. 28.03.2020, als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 71 „Westring / Heidländerweg“ befindet sich im Südwesten des Stadtkerns von Dissen aTW, zwischen dem „Westring“ im Nordosten, dem „Heidländer Weg“ im Südosten und der Bahnstraße im Südwesten. Er umfasst die Flurstücke 67/13,

67/11, 63/16, 11/7, 12/6, 12/7, 12/8, 12/9, 12/10, 13/5, 120/16, 14/26 sowie tlw. 124/2, der Flur 20, Gemarkung Dissen.

Die Lage des Plangebietes ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich.



Der o.g. Bebauungsplan kann gemäß § 10 BauGB i.d.F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Neufassung des Baugesetzbuches vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) m. W. v. 28.03.2020 ab sofort im Rathaus der Stadt Dissen aTW, Große Straße 33, 49201 Dissen, im Fachbereich Planen und Bauen, Zimmer 1.03, von jedermann eingesehen werden.

Jedermann kann über den Inhalt des o.g. Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 71 „Westring / Heidländerweg“, 1. Änderung gemäß § 10 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 Ziffer 1 – 3 BauGB i.d.F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Neufassung des Baugesetzbuches vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) m. W. v. 28.03.2020 die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung der Bebauungsplansatzung schriftlich gegenüber der Stadt Dissen aTW geltend gemacht worden sind.

Der Sachverhalt, der die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Dissen aTW, den 26. Oktober 2020

Stadt Dissen am Teutoburger Wald
Der Bürgermeister
(Siegel) Eugen Görnitz

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

249

2. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Dissen am Teutoburger Wald vom 25.04.2005

Hundesteuersatzung

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nieders. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nieders. GVBl. S. 244) und des § 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nieders. GVBl. 7/2017 S. 121) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nieders. GVBl. 18/2019 S. 309), hat der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald in seiner Sitzung am 05.10.2020 folgende Änderungssatzung beschlossen:

§ 3 Steuermaßstab und Steuersätze

(1) Die Steuer wird nach der Anzahl der Hunde bemessen.
Sie beträgt jährlich:

a) für den ersten Hund	75,00 Euro
b) für den zweiten Hund	100,00 Euro
c) für jeden weiteren Hund	120,00 Euro
d) für jeden gefährlichen Hund	650,00 Euro

§ 11 In-Kraft-Treten

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

Dissen am Teutoburger Wald, 05.10.2020

Stadt Dissen am Teutoburger Wald
(Siegel) Eugen Görnitz
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

250

Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderung der Stadt Bersenbrück

Aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i.d.F. vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S.309) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Ziff. 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) i.d.F. der Neubekanntmachung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S.121), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S.309), und § 34 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung - KomHKVO -) vom 18.04.2017 (Nds. GVBl. S. 130), zuletzt geändert durch § 28 der Verordnung v. 22.01.2020 (Nds. GVBl. S. 13) hat der Rat der Stadt Bersenbrück in seiner Sitzung am 06.10.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Stundung

1. Stundung wird nur auf Antrag gewährt.
2. Forderungen können ganz oder teilweise gestundet werden, wenn ihre Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und die Forderung durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Eine erhebliche Härte für den Schuldner ist dann anzunehmen, wenn
 - a) er sich aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet oder
 - b) er im Falle der sofortigen Einziehung in ernsthafte Zahlungsschwierigkeiten geraten würde.
3. Stundungen sollen grundsätzlich nur unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs gewährt werden. Bei Gewährung der Stundung ist eine Stundungsfrist festzulegen, die im Regelfall den Zeitraum von 4 Jahren nicht übersteigen soll.
4. Wird Stundung durch Einräumung von Teilzahlungen gewährt, soll grundsätzlich in die entsprechende Vereinbarung eine Bestimmung aufgenommen werden, dass bei Versäumung einer Teilzahlungsrate die Restforderung sofort in einer Summe fällig wird.
5. Gestundete Forderungen sind zu verzinsen. Die Zinsen betragen für jeden Monat $\frac{1}{2}$ v.H. Sie sind von dem Tag an, an dem der Zinslauf beginnt, nur für volle Monate zu zahlen. Angefangene Monate bleiben außer Ansatz. Für die Berechnung der Zinsen wird der zu verzinsende Betrag auf den nächsten durch 50 Euro teilbaren Betrag abgerundet.
Auf die Erhebung von Zinsen kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.
6. Zinsen sind auf volle Euro zum Vorteil des Zahlungspflichtigen gerundet festzusetzen. Sie werden nur dann festgesetzt, wenn sie mindestens zehn Euro betragen.
7. Soweit es notwendig und zweckmäßig erscheint, soll eine Stundung nur gegen Sicherheitsleistung gewährt werden.

§ 2 Stundungskompetenz

1. Über Stundungsanträge entscheidet

- a) der Bürgermeister
 - bei einer Laufzeit bis 3 Monate in uneingeschränkter Höhe,
 - darüber hinaus bei Beträgen bis zu 25.000,00 €,
 - b) der Verwaltungsausschuss in allen übrigen Fällen.
2. Jede Gewährung der Stundung ist umgehend der Samtgemeindekasse Bersenbrück schriftlich mitzuteilen.

§ 3 Niederschlagung

1. Begriff:
Niederschlagung ist eine verwaltungsinterne Maßnahme, mit der befristet oder unbefristet von der Weiterverfolgung einer fälligen Forderung abgesehen wird, ohne auf die Forderung zu verzichten.
Niederschlagung bedarf keines Antrages des Schuldners. Durch die Niederschlagung erlischt die Forderung nicht. Die weitere Rechtsverfolgung wird daher nicht ausgeschlossen. Eine Mitteilung an den Schuldner ist nicht erforderlich. Wird dennoch eine Mitteilung gegeben, ist darin das Recht vorzubehalten, die Forderung später erneut geltend zu machen.
2. Befristete Niederschlagung:
Von der Weiterverfolgung der Forderung ist – ggf. auch ohne Vollstreckungshandlung – vorläufig abzusehen, wenn die Einziehung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners oder aus anderen Gründen vorübergehend keinen Erfolg haben würde und eine Stundung nach § 1 nicht in Betracht kommt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners sind in angemessenen Zeitabständen zu überprüfen. Die Verjährung ist in jedem Fall rechtzeitig zu unterbrechen.
3. Unbefristete Niederschlagung:
Ist anzunehmen, dass die Einziehung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners (z. B. mehrmalige fruchtlos gebliebene Vollstreckungen) oder aus anderen Gründen (z. B. Tod) dauernd ohne Erfolg bleiben würde, ist von einer weiteren Verfolgung der Forderung abzu-
sehen.
Dasselbe gilt, wenn anzunehmen ist, dass die Kosten der Einziehung im Verhältnis zur Höhe der Forderung zu hoch sind. Zu den Kosten zählt neben den Ausgaben, die durch die Einziehung unmittelbar entstehen, auch der anteilige sonstige Verwaltungsaufwand.

§ 4 Niederschlagungskompetenz

Zur befristeten und unbefristeten Niederschlagung von Forderungen ist ermächtigt

- a) der Bürgermeister bei Beträgen bis zu 5.000,00 €,
- b) der Verwaltungsausschuss in allen übrigen Fällen.

§ 5 Erlass

1. Erlass ist ein Verzicht auf eine fällige Forderung. Durch Erlass erlischt die Forderung.
2. Erlass ist nur möglich, wenn eine Stundung nach § 1 nicht in Betracht kommt.

3. Forderungen der Stadt Bersenbrück können ganz oder zum Teil erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre. Gleiches gilt für die Rückzahlung oder die Anrechnung von bereits entrichteten Beträgen.
4. Unbilligkeit ist insbesondere anzunehmen, wenn
 - a) der Schuldner sich in einer unverschuldeten wirtschaftlichen Notlage befindet und zu befürchten ist, dass die Weiterverfolgung der Forderung zu einer Existenzgefährdung führen würde oder
 - b) der Kosten- und Verwaltungsaufwand der Einziehung im Missverhältnis zur Höhe der Forderung steht, es sei denn, dass wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles die Einziehung geboten ist.

§ 6 Erlasskompetenz

Zum Erlass von Forderungen ist ermächtigt

- a) der Bürgermeister bei Beträgen bis zu 5.000,00 €,
- b) der Verwaltungsausschuss in allen übrigen Fällen.

§ 7 Allgemeines

1. Die vorstehenden Regelungen gelten für öffentliche Ansprüche, die auf Gesetz, Verordnung oder Satzung beruhen und für privatrechtliche Ansprüche der Stadt Bersenbrück.
2. Die in anderen Gesetzen oder Rechtsverordnungen getroffenen Regelungen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen bleiben unberührt.
3. Über die niedergeschlagenen und erlassenen Beträge ist in der Samtgemeindekasse Bersenbrück eine Niederschlagungs- bzw. Erlassliste zu führen.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.11.2020 in Kraft.

Bersenbrück, den 19. Oktober 2020

Stadt Bersenbrück
Christian Klütsch
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

251

Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der BWG Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft mbH

1. Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DOMUS AG, Berlin, hat mit Datum vom 11. August 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

**„Bestätigungsvermerk
des unabhängigen Abschlussprüfers**

An die BWG Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft mbH, Belm

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BWG Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft mbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BWG Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er

in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen. Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrung und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausrei-

chend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysteme und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

2. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat am 18. September 2020 den nachstehenden Feststellungsvermerk erteilt:

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 18. September 2020

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**

(Siegel)

Sonja Göhler

3. Die Gesellschafterversammlung der BWG Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft mbH hat in ihrer Sitzung am 22. Oktober 2020 entsprechend den Vorgaben des Rates der Gemeinde Belm aus der Sitzung am 7. Oktober 2020 folgende Beschlüsse zum Jahresabschluss 2019 gefasst:
 - a) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der BWG Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft mbH werden festgestellt.
 - b) Die Gesellschafterversammlung erteilt dem Aufsichtsrat Entlastung für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2019.
 - c) Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 18.244,16 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
 - d) Die der Gesellschaft gewährten Kapitalerhöhungen in Höhe von 420.000,- € und 150.000,- € sind im Wege der Erhöhung der Kapitalrücklage zu verwenden.
4. Gemäß § 36 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) vom 12.07.2018 (Nds. GVBl. 2018 S. 172) in der zur Zeit geltenden Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2019 hiermit öffentlich bekannt gegeben. Der Jahresabschluss und der Lagebericht liegen vom 16. bis 30. November 2020 während der Öffnungszeiten zur Einsichtnahme im Rathaus der Gemeinde Belm, Markttring 13, 49191 Belm, Zimmer 38, öffentlich aus. Aufgrund der aktuellen Corona-Maßnahmen wird um vorherige Anmeldung gebeten.

Belm, den 29. Oktober 2020

BWG Belmer Wohnungs-Entwicklungsgesellschaft mbH
Die Geschäftsführerin
Birgit Gern

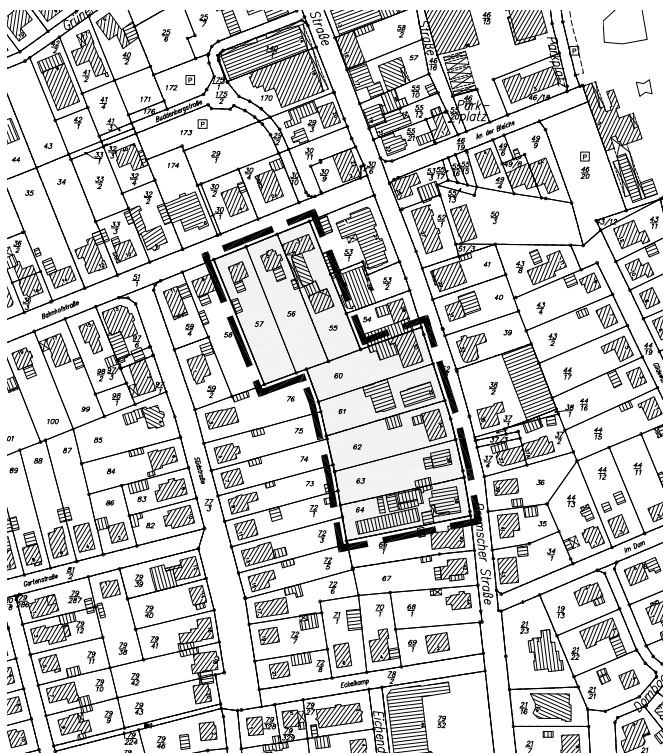
Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

252

Bekanntmachung
des Bebauungsplanes Nr. 118 „Innenentwicklung
Bramscher Str./Bahnhofstr.“ der Stadt Bersenbrück

Der Rat der Stadt Bersenbrück hat in seiner Sitzung am 06.10.2020 den Bebauungsplan Nr. 118 „Innenentwicklung Bramscher Str./Bahnhofstr.“, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen planungsrechtlichen und baugestalterischen Festsetzungen, gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen und die Begründung dazu anerkannt. Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes erfolgte im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung).

Der Geltungsbereich zur Größe von ca. 1,26 ha ist aus dem nachstehenden Kartenausschnitt zu ersehen und liegt südlich der Bahnhofstraße und westlich der Bramscher Straße. Die Bauflächen sind tlw. als allgemeines Wohngebiet und tlw. Mischgebiet festgesetzt worden. Mit diesem B-Plan sind großzügige überbaubare Bereiche ausgewiesen worden, um vorhandene Potentiale für eine städtebaulich sinnvolle Nachverdichtung auf den rückwärtigen Grundstücksflächen nutzen zu können.



Der Bebauungsplan 118 „Innenentwicklung Bramscher Str./Bahnhofstr.“ einschließlich Begründung kann ab sofort im Rathaus der Stadt Bersenbrück, Markt 6, 49593 Bersenbrück, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Über den Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Bersenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungs-

plan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bersenbrück, den 09.10.2020

Stadt Bersenbrück
Der Bürgermeister
Christian Klütsch

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

253

Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 69 „Am Südhang“ der Gemeinde Ostercappeln

Der Rat der Gemeinde Ostercappeln hat in seiner Sitzung am 06. Oktober 2020 den Bebauungsplan Nr. 69 „Am Südhang“ gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des oben angegebenen Bebauungsplanes ist in der Planskizze, die Bestandteil dieser Bekanntmachung ist, dargestellt.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 69 „Am Südhang“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem Umweltbericht inklusive der faunistischen Bestandsaufnahme und dem Bericht zur artenschutzrechtlichen Prüfung, der schalltechnischen Beurteilung und der wasserwirtschaftlichen Vorplanung, gemäß § 10 Absatz 3 BauGB in Kraft.

Der Bebauungsplan Nr. 69 „Am Südhang“, bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung, dem Umweltbericht inklusive der faunistischen Bestandsaufnahme und dem Bericht zur artenschutzrechtlichen Prüfung, der schalltechnischen Beurteilung und der wasserwirtschaftlichen Vorplanung, liegt gemäß § 10 Absatz 3 BauGB ab sofort im Rathaus der Gemeinde Ostercappeln, Zimmer 20, Gildebrede 1, 49179 Ostercappeln, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen. Darüber hinaus können die entsprechenden Unterlagen auf der Homepage der Gemeinde Ostercappeln www.ostercappeln.de unter der Rubrik Leben und Wohnen / Bauen und Wohnen / Bebauungspläne eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Absatz 1 BauGB eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 BauGB beachtliche Verletzung über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Ostercappeln unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Gemeinde Ostercappeln
Der Bürgermeister
Rainer Ellermann



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

254

Bekanntmachung der Jahresrechnungen 2016 und 2017

Beschluss über die Jahresrechnungen der Gemeinde Kettenkamp und die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2016 und 2017

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 19. Oktober 2020 gem. § 129 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) die Jahresrechnungen für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 beschlossen und dem Bürgermeister für die Haushaltsjahre Entlastung erteilt. Die Jahresrechnungen nebst Rechenschaftsberichten liegen vom 16. bis zum 24. November 2020 zur Einsichtnahme in der Gemeindeverwaltung, Hauptstraße 11, 49577 Kettenkamp, während der Dienststunden öffentlich aus.

Zur Einsichtnahme ist eine vorherige Terminabsprache unter der Telefonnummer (05436) 9 53 00 oder per Mail (info@kettenkamp.de) erforderlich.

Kettenkamp, 30. Oktober 2020

Gemeinde Kettenkamp
Der Bürgermeister
Wilke

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

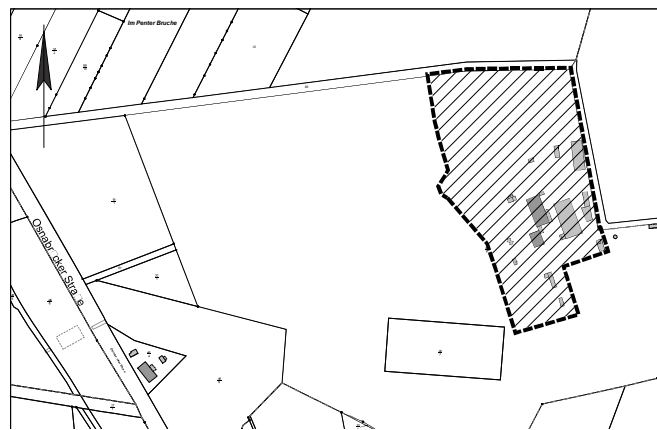
255

Amtliche Bekanntmachung über die Genehmigung und den Satzungsbeschluss der nachfolgenden Bauleitpläne der Stadt Bramsche

- **38. Änderung des Flächennutzungsplanes
– Ortsteil Pente,**
- **Bebauungsplan Nr. 167 „Gemeinschaftsstiftung Hof Pente“, mit örtlichen Bauvorschriften,**

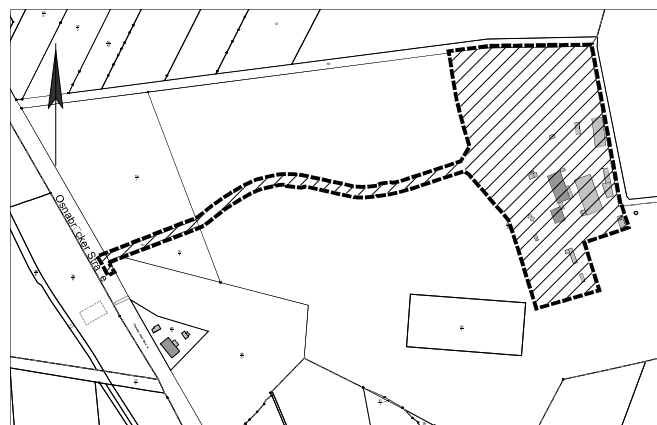
Der Landkreis Osnabrück hat mit Verfügung vom 30.09.2020, Az.: 63-14-38-2020 gemäß § 6 Baugesetzbuch (BauGB) die vom Rat der Stadt Bramsche am 26.03.2020 beschlossene **38. Änderung des Flächennutzungsplanes** mit Begründung und Umweltbericht genehmigt.

Der **Geltungsbereich der 38. Änderung des Flächennutzungsplanes** ist in dem nachstehenden Planausschnitt durch Umrandung und Schraffur kenntlich gemacht (Osnabrücker Straße, CSA Hof).



Der Rat der Stadt Bramsche hat in seiner Sitzung am 29.06.2020 den dazu gehörigen **Bebauungsplan Nr. 167 „Gemeinschaftsstiftung Hof Pente“**, mit örtlichen Bauvorschriften einschl. Begründung und Umweltbericht als Satzung beschlossen.

Der **Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 167 „Gemeinschaftsstiftung Hof Pente“** ist in dem nachstehenden Planausschnitt durch Umrandung und Schraffur kenntlich gemacht (Osnabrücker Straße, CSA Hof).



Die 38. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ortsteil Pente, einschl. der dazugehörigen Begründung, Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung wird mit der Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 21, für den Landkreis Osnabrück am 14.11.2020 gemäß § 6 Abs. 5 BauGB wirksam.

Der Bebauungsplan Nr. 167 „Gemeinschaftsstiftung Hof Pente“, mit örtlichen Bauvorschriften einschl. Begründung, Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärungen tritt mit der Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 21, für den Landkreis Osnabrück am 14.11.2020 gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Die o.g. Bauleitpläne liegen ab sofort im Fachbereich 4 – Stadtentwicklung, Bau und Umwelt –, Rathaus, Hasestraße 11, 49565 Bramsche, Zi. O 55, aus und können während der Servicezeiten eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt der Bauleitpläne Auskunft erlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass wenn nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Bauleitpläne Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 215 Abs. 2 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder

beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gemäß § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB schriftlich gegenüber der Stadt Bramsche unter Darlegung des begründeten Sachverhalts geltend gemacht worden sind, diese unbeachtlich werden.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 des BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen, sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bramsche, den 02.11.2020

(Siegel) **Stadt Bramsche**
Der Bürgermeister
Pahlmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

256

Haushaltssatzung der Gemeinde Glandorf für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Gemeinde Glandorf in seiner Sitzung am 05.03.2020 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan der Gemeinde Glandorf für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf 10.877.500 EUR
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf 11.161.900 EUR
(nachrichtlich: ordentliches Jahresergebnis: -284.400 EUR)
 - 1.3 der außerordentlichen Erträge auf 400.300 EUR
 - 1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf 0 EUR
(nachrichtlich außerordentliches Jahresergebnis: 400.300 EUR)
- (nachrichtlich Jahresergebnis: 115.900 EUR)

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 10.060.500 EUR
 - 2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 9.321.900 EUR
 - 2.3 der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 1.754.300 EUR
 - 2.4 der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 3.133.000 EUR
 - 2.5 der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit 1.160.300 EUR
 - 2.6 der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit 520.200 EUR
(nachrichtlich: Nettoneuverschuldung: 640.100 EUR)

Nachrichtlich: Gesamtbetrag
der Einzahlungen des Finanzhaushaltes 12.975.100 EUR
der Auszahlungen des Finanzhaushaltes 12.975.100 EUR
Differenz 0 EUR

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Glandorf für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Erfolgsplan** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 1.1 der ordentlichen Erträge auf 2.052.900 EUR
 - 1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf 2.027.100 EUR
(nachrichtlich Jahresergebnis: 25.800 EUR)
2. im **Finanzplan** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag
 - 2.1 der ordentlichen Erträge auf 736.100 EUR
 - 2.2 der ordentlichen Aufwendungen auf 736.100 EUR

festgesetzt.

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird
für den Bereich der Gemeinde Glandorf auf 1.160.300 EUR
und für den Bereich der
Gemeindewerke Glandorf auf 500.800 EUR

festgesetzt.

§ 3 Verpflichtungsermächtigung

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 EUR festgesetzt.

§ 4 Höchstbetrag der Liquiditätskredite

Der Höchstbetrag bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird

für den Bereich der Gemeinde Glandorf auf 1.600.000 EUR
und für den Bereich der
Gemeindewerke Glandorf auf 300.000 EUR

festgesetzt.

§ 5 Realsteuerhebesätze

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer**

Grundsteuer A	300 v. H.
Grundsteuer B	300 v. H.
2. **Gewerbsteuer** 350 v. H.

§ 6

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 500.000 Euro festgelegt.

Glandorf, 05.03.2020

Dr. Heuvelmann
Bürgermeisterin

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach §§ 120 Abs. 2 und 130 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 21.10.2020 unter dem Aktenzeichen FD11.3-2020/008405 erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 16.11.2020 bis zum 24.11.2020 zur Einsichtnahme im Rathaus Glandorf – Fachdienst Zentrale Angelegenheiten – Raum 25, öffentlich aus.

Glandorf, den 30.10.2020

Gemeinde Glandorf
Die Bürgermeisterin
Dr. Heuvelmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

257

Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 85 „Nördlich Brüchenweg“, Rabber, der Gemeinde Bad Essen

Der Rat der Gemeinde Bad Essen hat in seiner Sitzung am 24.09.2020 den Bebauungsplan Nr. 85 „Nördlich Brüchenweg“, Rabber, bestehend aus der Planzeichnung, den textlichen Festsetzungen sowie den örtlichen Bauvorschriften gemäß § 10 Baugesetzbuch in der Fassung vom 23.09.2004 als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 85 „Nördlich Brüchenweg“, Rabber, ergibt sich aus dem nachfolgenden Übersichtsplan:



----- = Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 85 „Nördlich Brüchenweg“, Rabber

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung kann in der Gemeindeverwaltung Bad Essen, Lindenstraße 41/43 (Rathaus, Zimmer 1.14), 49152 Bad Essen, und zwar zu den Öffnungszeiten (Mo.-Fr. 08.00-12.00, Mo.-Mi. 14.00-16.00 und Do. 14.00-18.00 Uhr) in Verbindung mit einer vorherigen Terminvereinbarung eingesehen werden. Termine können unter der Telefon-Nr. 05472/401-66 oder per E-Mail an hollenberg@badessen.de vereinbart werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 85 „Nördlich Brüchenweg“, Rabber, in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs.1 Ziffer 1 - 3 BauGB i.d.F. vom 23.09.2004 die Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 u. 2 sowie des Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Gemeinde Bad Essen, 04.11.2020

(Siegel) Der Bürgermeister
Timo Natemeyer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 21, 14. November 2020

Herausgegeben vom Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück.

Zur Veröffentlichung bestimmte Bekanntmachungen sind zu richten an den Landkreis Osnabrück - Fachdienst 1 - Service - Postfach 25 09, 49015 Osnabrück - Druck und Verlag: B. Ad. Ricke, Postfach 13 06, 49589 Bersenbrück. Das Amtsblatt erscheint 14tägig, in der Regel Mitte und Ende eines jeden Monats. Laufender Bezug und Einzelstück durch den Verlag. Bezugspreis: bis 12 Seiten € 1,60, je weitere 2 Seiten € 0,15 brutto mehr; zuzüglich € 2,05 Versandkosten.